

Bürgerdebatte Kiel 31.08.2022

„Klima. Gerecht. Stadt: Wie können wir (Kommunen) dem Klimawandel wirkungsvoll und sozial gerecht begegnen?“

Pumpe Kiel, Haßstraße 22, 24103 Kiel und im Livestream auf dem Youtube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e.V.

„Die Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende sind uns derzeit so deutlich wie selten zuvor und dabei ist uns bewusst, dass das nicht nur ein Thema ist, das ökologisch besetzt ist, sondern vor allem sozial besetzt ist“, mit diesen Worten eröffnete die Moderatorin des Abends, **Hannah Böhme**, Journalistin des Norddeutschen Rundfunks, die Veranstaltung.

Seinen folgenden Impulsvortrag widmete der Humangeograph **Dr. Sören Weißermel** (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Mitglied des Enjust-Netzwerkes) der Leitfrage, wie eine klimagerechte, nachhaltige und sozial faire Städtetransformation gelingen könne. Diese Herausforderung verdichtete er in den zwei zentralen Begriffen, „Klimaneutralität“ und „Climate Emergency“, die zusammengenommen eine möglichst rasche Dekarbonisierung der städtischen Gesellschaft bedeuten. Diese müsse jedoch unbedingt sozial gerecht gestaltet werden, da sonst der Verlust des gesellschaftlichen Rückhaltes und eine Verschärfung sozialer Ungleichheit drohe.

Nach seinen Ausführungen begrüßte Hannah Böhme auf dem Podium neben Sören Weißermel **Joschka Knuth** (Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein) sowie **Philip Schüller** (Amtsleiter für Soziale Dienste und Sportförderung).

Böhme eröffnete die Debatte mit der Frage, was für Folgen zu erwarten seien, wenn die ökologische Transformation nicht auch sozial gerecht gestaltet werden könne. Weißermel bekräftigte, dass damit der gesellschaftliche Grundkonsens in Gefahr gerate und destruktive Konflikte die Folge sein könnten. Diese Sorge teilte auch Joschka Knuth, der mit Verweis auf die Flutkatastrophe in Pakistan darauf aufmerksam machte, dass insbesondere arme Menschen ungleich stärker von der Klimakrise betroffen seien als reiche. Deshalb forderte er die unbedingte Notwendigkeit klimagerechter Transformationsprozesse. Die abzuwendende Gefahr sei eine „elitär-klimaangepasste Welt“. In Bezug auf die Stadt Kiel merkte Phillip Schüller an, dass der Stadt aufgrund zahlreicher Veräußerungen, beispielsweise der eigenen Wohnungsbestände, oft die Zugriffsmöglichkeiten für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Energiewende fehlten. Um dieses Defizit auszugleichen, habe man den „Climate Emergency“ ausgerufen, wodurch Maßnahmen zur Klimaanpassung zeitlich vorgezogen werden können. Zudem kaufe die öffentliche Hand sukzessive Wohnungen zurück. Joschka Knuth erläuterte, dass auf der Landesebene der Ansatz einer nachhaltigen Netzplanung verfolgt werde, um die sozialen Kosten der Transformation abzufedern. Schleswig-Holstein fördere deswegen

intelligente, kommunale Kälte- und Wärmenetze. Diese sollen verhindern, dass sich die soziale Kluft aufgrund finanzieller Anpassungserfordernisse zusätzlich vertiefe, da so die Kosten für die Transformation sozial gerecht verteilt werden könnten. Weißermel warf an dieser Stelle Fragen zur Umsetzungsdauer und Leistungsfähigkeit dieser Maßnahmen auf. Um einen demokratischen Zugriff zur Bewältigung der Gleichzeitigkeit der sozialen und ökologischen Herausforderungen zu gewährleisten, verwies er auf das Potenzial nicht-marktkonformer Instrumente wie der Vergesellschaftung. Darauf bezugnehmend gab Schüller zu bedenken, dass eine umfassende städtische Übernahme von Wohnraum keinen neuen Wohnraum schaffe. Stattdessen hob er die bereits verabschiedeten Beschlüsse der Stadt Kiel hervor und verwies dabei nochmals auf die Ausrufung des „Climate Emergency“, der eine nachhaltige Bauweise und Energieversorgung als Grundbedingung für jeden Neubau festsetzt.

Daran anschließend befasste sich das Podium mit der Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger in Transformationsprozesse mit einbezogen werden können. Weißermel konstatierte, dass in der Integration gesellschaftlich marginalisierter Gruppen eine große Herausforderung liege, da privilegierte Milieus auch partizipative Stadtentwicklungsprozesse dominieren würden. Man müsse folglich insbesondere in einkommensschwache Stadtbezirke gehen, um mit den Menschen dort ins Gespräch zu kommen. Wichtig sei in diesem Kontext die „Anerkennungsgerechtigkeit“. Die verschiedenen Probleme und Lebenssituationen der Menschen müssen gesehen und in Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Dieser Analyse schloss sich Joschka Knuth an, es gehe jetzt um „Empowerment“, die Menschen müssten möglichst frühzeitig beteiligt werden. Dennoch sei es enorm schwierig, vor dem Hintergrund des nur kleinen Zeitfensters, den Transformationsprozess auch tatsächlich im Kollektiv voranzutreiben. Menschen mit hohem kulturellen und ökonomischen Potential würden sonst private Investitionen tätigen, um nötige Klimaanpassungen umzusetzen. Das Risiko, dass wichtige gesamtgesellschaftliche Investitionsprozesse von dieser Gruppe daraufhin nicht mehr mitgetragen werden, werde sich ansonsten weiter erhöhen mit der Gefahr einer weiteren Vertiefung der sozialen Segregation. Aufgrund dessen sei es für die Gemeinde besonders wichtig, insbesondere diejenigen zu hören, die nicht an partizipativen Prozessen teilnehmen könnten. Hierzu erklärte Philip Schüller, dass es in Kiel sogenannte „Anlaufstellen Nachbarschaft“ gebe, um die Menschen vor Ort zu erreichen, räumte zugleich aber ein, dass diese nicht hinreichend geeignet seien, um mit einer größtmöglichen Zahl an Menschen mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund in Kontakt zu treten. Schüller betonte hier auch die Bedeutung der Sportvereine als wichtige Schnittstelle, um bei der ökologischen Transformation essentielle Schritte auf kommunaler Ebene einzuleiten.

Der folgende Abschnitt der Podiumsdiskussion widmete sich der Frage, inwiefern die identifizierten Handlungsnotwendigkeiten zeitnah und effektiv umgesetzt werden könnten. Unter Bezugnahme auf seine anfänglichen Ausführungen gab Weißermel zu bedenken, dass die Schaffung einer klimagerechten Stadt nur schwer zusammen mit den großen Konzernen möglich sei, da diese einer Profitlogik folgten, die gesellschaftlichem und ökologischem Nutzen oft entgegenstünde. Er plädierte für eine breit gefächerte Demokratisierung, damit möglichst viele Perspektiven gehört werden und eine neue Dynamik entstehe.

Zur Frage, wie die ökologische Transformation gelingen könne, meldeten sich zahlreiche Stimmen aus dem Publikum. Eine Teilnehmerin hinterfragte die Notwendigkeit eines Ausstieges aus der kapitalistischen Marktlogik, stattdessen plädierte sie für ein Modell der Demokratisierung der Wirtschaft durch eine ausgedehnte Beteiligung an den erwirtschafteten Profiten. Es müssten im Sinne des „community wealth building“ verschiedene Formen des Wirtschaftens implementiert werden, die Gemeinschaften als Kollektiv in Wirtschaftsprozesse integrieren. Weiterhin wurde die Meinung geäußert, dass stärker über bestehende Strukturen hinausgedacht werden müsse, um letztlich den Kreislauf zu durchbrechen, der zu den aktuellen Problemen beigetragen habe. In diesem Zusammenhang räumte Schüller ein, dass eine Kommune zu großen gesellschaftlichen Veränderungen nur begrenzt beitragen könne. Eine Stadt und ihre Verantwortlichen können auf Probleme hinweisen, allerdings selbst nur kleine Stellschrauben bedienen und die Transformation an den eigenen Unternehmen und Gebäuden initiieren. Er vertrete dazu die Ansicht, dass neuralgische Punkte der Daseinsvorsorge wieder stärker in den öffentlichen Sektor übergehen müssten.

Einige Gäste aus dem Publikum beanstandeten das fehlende Engagement der Stadt gegen Armut und Verdrängung. Private Wohnungsunternehmen hätten durch Modernisierungen die Lage in einigen Stadtvierteln erheblich verschärft. Schüller entgegnete als Vertreter der Stadt Kiel, die Stadt habe bereits einige Maßnahmen in die Wege geleitet, es stünden jedoch nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen sei zudem aufgrund des Fachkräftemangels ins Hintertreffen geraten. In diesem Kontext verwies er auf ein grundlegendes Dilemma finanzschwacher Kommunen, diese wären aufgrund begrenzter Ressourcen eher dazu geneigt, private Investoren zu gewinnen, die dann jedoch wieder entsprechend der marktwirtschaftlichen Logik agieren würden. Joschka Knuth argumentierte, dass man auf Landesebene Maßnahmen implementiere, die den Fokus auf eine „regionale Wertschöpfung“ verfolgen. So arbeite man daran, bei der Erzeugung von erneuerbaren Energien Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe zu schaffen, um einen Rückfluss der erwirtschafteten Erträge in die Regionen zu erzeugen. Mittels eines Bürgerenergiefonds habe man bereits seit einigen Jahren die Möglichkeit zur Förderung von Projekten zur Generierung erneuerbarer Energien, die von den Bürgern selbst betrieben

werden, gehabt. Dies sei der „radikale Pragmatismus“, mit dem man auch in bestehenden Strukturen einen nachhaltigen Wandel herbeiführen könne.

Angestoßen durch eine Nachfrage aus dem Publikum wurde nun auch die Bedeutung der Mobilität für eine nachhaltige Stadtentwicklung diskutiert. Schüller verwies auf die getroffenen Maßnahmen und zukünftigen Projekte und betonte, dass für ihn als Amtsleiter des Sozialbereichs der Stadt Kiel die Frage der Mobilität von erheblicher Wichtigkeit sei. So habe man die Ticketpreise stabil halten können und verbilligte Fahrscheine für bedürftige Menschen geschaffen.

Eine weitere Stimme aus dem Publikum merkte an, dass das Ziel der Klimaneutralität der Stadt Kiel bis zum Jahr 2050 nicht ambitioniert genug sei, um den sich drastisch verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen. Erneut wurde die Frage geäußert, wie Kiel zur Bekämpfung dieser Entwicklung an Schnelligkeit gewinnen könne. An dieser Stelle erörterte eine Vertreterin des Umweltschutzamtes der Stadt Kiel die getroffenen Maßnahmen der Stadt, wie den Klimaschutzmasterplan und die Ausrufung des „Climate Emergency“ mit den entsprechenden Konzepten. Kiel sei hier im Vergleich zu anderen Städten besser aufgestellt. Sie brachte zudem den Aspekt der Kommunikation in die Diskussion ein: Um die Menschen auf dem Weg der nachhaltigen Transformation zur Klimaneutralität mitzunehmen, müsse neben den Risiken des Klimawandels gleichermaßen über die Chancen dieses Umbruchs gesprochen werden. Sören Weißermel betonte daran anknüpfend die Bedeutung der Diskussion und Erklärung der getroffenen Maßnahmen, um widerstreitende Fronten und Abwehrhaltungen abzubauen. Phillip Schüller ergänzte, dass die erreichten und zukünftigen Schritte transparent gemacht und in einen größeren Bedeutungszusammenhang eingeordnet werden müssen. Anstatt mehrfach neue Jahresziele zu verkünden, müsse die Offenlegung konkreter Maßnahmen in den Fokus rücken.

Gegen Ende der Diskussion sprachen Schüller und Knuth über den Aspekt der Vernetzung mit anderen Städten und Regionen, um Lern- und Austauschprozesse anzustoßen. Joschka Knuth fasste humorvoll zusammen: „Die Politik ist einer der wenigen Bereiche, in denen man abschreiben darf (außer man schreibt eine Doktorarbeit). Wenn Ideen anderer Städte oder Regionen funktionieren, müssen wir uns darüber verständigen.“

Aus dem Publikum wurde nochmals darauf hingewiesen, dass mehr unterschiedliche Vorstellungen des sozial-ökologischen Wandels in den Dialog eingebracht werden sollten, auch wenn diese nicht den herkömmlichen Logiken entsprechen. Jüngste politischen Entwicklungen würden darauf hindeuten, dass auch tiefgreifende systemische Anpassungen in den Bereich des Möglichen rücken. Eine DiskutantIn aus dem Publikum ging noch weiter und gab zu bedenken, dass das Denken innerhalb der Schranken herkömmlicher Paradigmen

als Strategie der Entpolitisierung angewandt werde, welches den Umstand ignoriere, dass die Menschheit durch bloße Anpassungsmaßnahmen innerhalb der Wachstumslogik des prädominanten Wirtschaftssystems weiterhin auf die Katastrophe zürase. Dieses Argument griff Weißermel in seiner Ergänzung auf, dass die Basisinfrastruktur wieder in den öffentlichen Sektor integriert werden müsse, um den Menschen einen größeren demokratischen Handlungsspielraum zu eröffnen. Sonst bestehe die Gefahr einer weiteren Entpolitisierung und Verdrossenheit.

In einem letzten Statement appellierte Joschka Knuth nochmals an das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Demokratie, auch in ihre Fähigkeit, die Regeln für die Märkte festzulegen. Und auch Philip Schüller wollte die Veranstaltung mit einem positiven Ausblick beschließen: Durch die nachhaltige Transformation der Städte werde sich die Aufenthaltsqualität in ihnen nachhaltig verbessern, man sei an einem Punkt, an dem wieder Orte der Begegnung, bessere Mobilitätsoptionen und zugängliche Grünflächen geschaffen werden. Dem schloss sich auch Humangeograph Weißermel an: „Es sind viel mehr Utopien möglich, als wir glauben“.

Die Veranstaltung kann auf dem YouTube-Kanal der Deutschen Gesellschaft e. V. weiterhin angesehen werden: <https://www.youtube.com/watch?v=OXBxFUfSLPM>.